



## Braune Wurzeln - Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP

Zur NS-Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit

**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag

V.i.S.d.P.:  
Christa Reichwaldt  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

# Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP

Zur NS-Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit

## Vorwort

Auf der 7. Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages am 9. Mai 2008 erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Dr. Bernd Althusmann, folgendes:

„...Meine Damen und Herren, die CDU hat ihre geistigen und politischen Wurzeln im christlich motivierten Widerstand gegen den Terror des Nationalsozialismus. Das ist die Wahrheit.“ (Protokoll S. 626):

Die Fraktion der LINKEN im Niedersächsischen Landtag nahm die damalige Debatte und Althusmanns Ankündigung weiterer „Geschichtslehrstunden“ zum Anlass, dem von ihm propagierten Geschichtsbild der CDU näher auf den Grund zu gehen. Sie beauftragte den Oldenburger Historiker Dr. Hans-Peter Klausch, exemplarisch die seit 1947 gewählten Landtagsabgeordneten der CDU hinsichtlich ihrer NS-Vergangenheit zu überprüfen. Mit einbezogen in die Nachforschungen wurden die Abgeordneten der FDP und der Deutschen Partei (DP), mit denen die CDU im Landtag eng zusammenarbeitete und die später in die CDU aufging. Der Vollständigkeit halber muss natürlich angegeben werden, dass auch zahlreiche Mitglieder des Landtages, die dem „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) angehörten, ehemalige Nazis waren. Im Landtag waren dann noch die Vertreter der „Deutschen Reichspartei“ (DRP), die man nicht mal als *ehemalige* Nazis bezeichnen kann – sie waren ihrer menschenverachtenden Gesinnung treugeblieben. Diese Partei wurde dann auch 1952 durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts nach Art. 21 GG verboten.

Die Fakten, die der Historiker Dr. Klausch zusammengestellt hat, sprechen für sich: Maßgebliche Politiker der konservativen Fraktionen, also von CDU, FDP und DP, waren nicht nur Mitglieder der NSDAP, sie hatten im Nazi-Staat auch herausgehobene Funktionen. Nicht wenige waren auch schon vor der Machtergreifung Hitlers Mitglied der NSDAP, taten dies also aus Überzeugung, nicht etwa nur, um die Karriere zu fördern.

Besonders erschreckend ist, dass Mitglieder des Niedersächsischen Landtages sich während ihrer Nazi-Zeit sogar mit der Juden-Verfolgung hervorgetan hatten. So können wir von dem späteren Landtagsabgeordneten der CDU, Freiherr Otto von Fircks, lesen, was er am 31. Januar 1940 aus Lodz/Litzmannstadt geschrieben hatte: „Mit der Evakuierung geht es dort sehr gut vorwärts. Bis zum 12. Februar wird mit der Heraussetzung der Juden Schluß sein, dann kommen die Polen an die Reihe.“

Ein anderes Beispiel ist der Landtagsabgeordnete Hermann Conrings aus Leer, der später sogar Bundestagsabgeordneter wurde. Während der Nazi-Zeit hatte er u.a. die Stellung des „Beauftragten des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete für die Provinz Groningen“ inne. Damals schrieb er an seine Vorgesetzten: „Für die Provinz Groningen wäre es sehr wünschenswert, wenn die Juden möglichst bald aus der Nachbarschaft des Küstenplatzes Delfzijl, insbesondere also aus Appingedam und Winschoten usw. bevorzugt verschwänden.“

All dies hat bis heute nicht zu einer kritischen Aufarbeitung geführt. Dazu sind natürlich zuerst die Fraktionen aufgefordert, die es betrifft, es ist aber auch eine Angelegenheit des gesamten Landtages. In seiner Bücherei steht ein biographisches Lexikon über die Abgeordneten, in dem von alledem, was in der folgernden Darstellung zu lesen ist, nichts zu finden ist. Über keinen einzigen Abgeordneten steht unter seinen biographischen Angaben etwas über seine NSDAP-Mitgliedschaft.

Unsere Broschüre ist nicht einmal vollständig. Eine noch gründlichere Aufarbeitung ist angezeigt, weil die Herausforderungen der Gegenwart nur gemeistert werden können, wenn man auch die Vergangenheit im Blick hat und bereit ist, aus den Lehren der Geschichte Konsequenzen zu ziehen. Wir meinen damit z.B. die neonazistischen Aktivitäten in Niedersachsen, denen die Landesregierung nicht entschieden genug entgegentritt, oder die Weigerung des Innenministers Uwe Schünemann (CDU), sich auf den Innenministerkonferenz für ein Verbotverfahren der NPD einzusetzen.

Aktuell unterbreitet unsere Fraktion den Vorschlag, eine aus Vertretern aller Fraktionen bestehende Landtagskommission zu bilden, die Formen entwickeln soll, wie die unrühmliche Vergangenheit bestimmter Landtagsabgeordneter in geeigneter Weise aufgearbeitet werden kann, und wie in diesem Zusammenhang das biographische Lexikon zu überarbeiten ist. Der Landtag täte gut daran, sich der Worte seines gegenwärtigen Präsidenten Hermann Dinkla (CDU) zu erinnern, der anlässlich einer Feierstunde zum 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel in Anwesenheit des israelischen Botschafters Yoram Ben-Zeev am 18. September 2008 erklärt hatte:

„Unsere historische Verantwortung schließt aber auch ein, an das Grauen in den Konzentrationslagern zu erinnern, um auf diese Weise allen Versuchen von Geschichtsklitterung und Geschichtsverdrehung schon im Ansatz wirkungsvoll zu begegnen.“



Hans-Henning Adler, stellvertr.  
Fraktionsvorsitzender der Fraktion  
DIE LINKE

**Dr. Hans-Peter Klausch:**

## **Braune Wurzeln - Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP**

### **Zur NS-Vergangenheit niedersächsischer Landtagsabgeordneter in der Nachkriegszeit**

Ausgangsbasis der Untersuchung waren die Angaben im Biographischen Handbuch „Abgeordnete in Niedersachsen 1946-1994“, das 1996 vom Niedersächsischen Landtag in Hannover herausgegeben wurde.<sup>1</sup> Es wurden danach alle CDU-, FDP- und DP-Abgeordnete erfaßt, die bei Kriegsende mindestens 18 Jahre alt waren, darunter auch jene, bei denen das Handbuch Hinweise auf eine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus oder auch erlittene Verfolgungsmaßnahmen gibt. Dieser Personenkreis wurde mit einbezogen, weil bei den entsprechenden Angaben des Handbuches mitunter eine gewisse Skepsis angebracht ist. Das soll hier zunächst an einem – eher harmlosen Beispiel – kurz veranschaulicht werden:

Über **Friedrich Hanker** aus Lembruch im Kreis Diepholz, der als DP-Abgeordneter der gemeinsamen DP/CDU-Fraktion der ersten Wahlperiode angehörte, erfahren wir aus dem Handbuch: „1935 wegen Schädigung des Ansehens der NSDAP verhaftet.“ Aha, denkt der Leser, da ist also einer, der den Mund aufgemacht hat gegen die braune Pest, vielleicht sogar christlich motiviert. Doch die Sache stellt sich etwas anders dar. Hanker war selbst NSDAP-Mitglied. Die Hintergründe seiner kurzfristigen Verhaftung erscheinen in einem Beschluß des Obersten Parteigerichts, mit dem er aus der Nazipartei ausgeschlossen wurde:

Hanker „hat in der Nacht zum 9. Dezember 1934 in der Gastwirtschaft Sandering in Lembruch in Anwesenheit von 3-4 Personen ein ihm [...] in Friesoythe zugetragen Gerücht weitererzählt.

Der Angeschuldigte hat geäußert, er habe von verschiedenen Seiten in Friesoythe erfahren, in dem nahe gelegenen Konzentrationslager Esterwegen hätten SS-Wachmannschaften mehrere Schutzhäftlinge angeblich auf der Flucht erschossen, darunter auch den früheren Polizeipräsidenten von Altona. Eine genaue Zahl der nach dem Gerücht erschossenen Häftlinge hat der Angeschuldigte zwar nicht genannt, aber seiner Erzählung beigelegt, es mögen 5-6 gewesen sein [...].“<sup>2</sup>

Das angeführte Gerücht entsprach durchaus den Tatsachen.<sup>3</sup> Hätte nun Hanker die ihm zu Ohren gekommenen Informationen primär aus Sorge und Empörung über die Morde im KZ Esterwegen weiterverbreitet, dann hätte er sicherlich seinen Ausschluß aus der Partei bereitwillig akzeptiert. Tatsächlich hatte er jedoch nichts Besseres zu tun als Beschwerde gegen seinen Parteiausschluß einzulegen, er wollte also durchaus Mitglied jener Partei bleiben, der die Mörder von Esterwegen angehörten und die deren Taten deckte und verschleierte.

Da man also davon ausgehen muß, daß manche Angaben des Handbuches „geschönt“ sind, wurden zunächst alle männlichen Abgeordneten von CDU, FDP und DP in die Untersuchung einbezogen, die bei Kriegsende 18 Jahre oder älter waren. Das waren schließlich 297 Mandatsträger.<sup>4</sup> Auffällig ist, daß bei diesen 297 Personen im Handbuch – das sich wesentlich auf die Angaben stützt, die die Abgeordneten gegenüber der Landtagsverwaltung gemacht haben – zwar in einigen Einzelfällen eine

<sup>1</sup>Abgeordnete in Niedersachsen 1946-1994. Biographisches Handbuch, bearbeitet von Barbara Simon, hg. vom Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1996. Bei nachfolgenden Zitaten aus dem Handbuch wird auf die Angabe von Seitenzahlen verzichtet, da die Abgeordneten-Biographien dort alphabetisch geordnet erscheinen und deshalb leicht aufzufinden sind.

<sup>2</sup>Beschluß des Obersten Parteigerichts der NSDAP vom 29.7.1936 zur Beschwerde des Pg. Friedrich Hanker gegen den Beschluß des Gaugerichts Südhannover-Braunschweig vom 7.5.1936, in: Bundesarchiv (BA) Berlin: OPG (ehem. BDC), Hanker, Friedrich.

<sup>3</sup>Auf die damaligen Morde im KZ Esterwegen wird an mehreren Stellen ausführlich eingegangen in: Klausch, Hans-Peter: Tätergeschichten. Die SS-Kommandanten der frühen Konzentrationslager im Emsland, Bremen 2005.

<sup>4</sup>Die 17 weiblichen Abgeordnete von CDU, FDP und DP, die bei Kriegsende 18 Jahre oder älter waren, blieben im Rahmen der hier vorgestellten Untersuchung noch unberücksichtigt.

Mitgliedschaft und Betätigung in der Hitlerjugend – übrigens nicht ohne einen gewissen Stolz – angeführt wird, jedoch in keinem einzigen Fall eine frühere Mitgliedschaft in der NSDAP, in der SA oder SS.

Namen und Geburtsdaten dieser 297 Abgeordneten wurden im Bundesarchiv mit den Beständen des vormaligen Berlin Document Center abgeglichen. Im Berlin Document Center hatten die US-Amerikaner personenbezogene NS-Akten unterschiedlicher Provenienz zusammengefaßt, die ihnen in Deutschland in die Hände gefallen waren und die sie u.a. zum Aufspüren von NS-Tätern nutzten. Das waren im wesentliche Personalakten der SS und SA, Akten des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes (das u.a. Heiratsgenehmigungen für SS-Angehörige bearbeitete), die Unterlagen der Einwandererzentralstelle des Reichssicherheitshauptamtes, welche die Ansiedlung von „volksdeutschen Umsiedlern“ regelte, die personenbezogene Parteikorrespondenz der NSDAP, die Akten des Obersten Parteigerichts der NSDAP und schließlich die NSDAP-Mitgliederkartei.

Während im Biographischen Handbuch des Niedersächsischen Landtages keine einzige NSDAP-Mitgliedschaft erscheint, ließ sich eine solche mit Hilfe der Berliner Akten in immerhin 71 Fällen nachweisen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der unbefriedigende Erschließungszustand der NSDAP-Mitgliederkartei im vorgegebenen Zeitrahmen nur die Überprüfung einer Auswahl von etwa 200 niedersächsischen Landtagsabgeordneten zuließ. Hinzu kommt, daß die Kartei nur zu etwa 80 % erhalten ist. Die tatsächliche Zahl der vormaligen NSDAP-Mitglieder unter den nds. Landtagsabgeordneten von CDU, FDP und DP könnte also noch deutlich höher liegen.

### **Alte Nazis im Landtag – zur Statistik**

Bevor einige ausgewählte Abgeordnetenbiographien etwas näher beleuchtet werden, seien noch einige allgemeine bzw. statistische Anmerkungen gemacht: Von den 71 dokumentierten NSDAP-Mitgliedschaften

entfielen 12 bereits auf die sogenannte „Kampfzeit“ vor der Machtübertragung an die NSDAP, 47 auf die Zeit von 1933 bis Kriegsbeginn (darunter besonders viele Eintritte am 1. Mai 1933), während sich 12 Männer noch während des Krieges veranlaßt sahen, die Reihen der NSDAP zu stärken. Das Durchschnittsalter bei der Aufnahme in die NSDAP lag bei etwa 29 Jahren. Man kann also nicht sagen, daß die Betreffenden durchweg in jugendlicher Unüberlegtheit oder Verblendung den Schritt in die Naziartei getan hätten – wenngleich es solche Fälle natürlich auch gegeben hat. Von der sozialen Zusammensetzung her springt ein hoher Anteil von Akademikern und Landwirten ins Auge.

Die Karten der NSDAP-Mitgliederkartei enthalten naturgemäß nur sehr knappe Informationen. Bringt man diese jedoch in Zusammenhang mit den Angaben im Biographischen Handbuch, dann können sie durchaus erhellend wirken, z.B. im Falle des FDP-Landtagsabgeordneten **Friedrich-Georg Brinkmann** aus Bad Essen im Krs. Wittlage. Im Handbuch heißt es lapidar: „1933 Ausscheiden aus der kaufmännischen Tätigkeit. Hauptamtlicher Stadtrat der Stadt Neumünster.“ Wie der 1933 einsetzende Karrieresprung vom kaufmännischen Angestellten zum hauptamtlichen Stadtrat zu erklären ist, darüber schweigt sich das Handbuch aus. Ausschlaggebend dürfte gewesen sein, daß Brinkmann ausweislich der NSDAP-Mitgliederkartei bereits seit Oktober 1930 der Naziartei angehörte.

Ein anders gelagertes Beispiel für die erhellende Wirkung der besagten Karteikarten liefert der Oldenburger CDU-Landtagsabgeordnete **Wilhelm Nieberg**. Über ihn lesen wir im Handbuch:

„Von 1919 bis 1933 Ratsherr und Mitglied des Stadtmagistrats Oldenburg. Bis 1933 Vorsitzender des Kreisverbandes und des Landesverbandes Oldenburg der Deutschen Volkspartei. 1945 Mitbegründer des Kreisverbandes Oldenburg der CDU, seit 1946 Vorsitzender. Später Ehrenvorsitzender. Seit 1945 Mitglied des Rates der Stadt Oldenburg,

1956 Bürgermeister. 1961 Oberbürgermeister. [...] Mitglied des Deutschen Bundestages von 1957 bis 1965. Mitglied des Niedersächsischen Landtages der 3. Wahlperiode“.

Demnach handelte es sich bei Wilhelm Nieberg also um einen lupenreinen Demokraten, der sich bis 1933 und dann wieder nach 1945 jahrzehntelang in bürgerlich-demokratischen Parteien engagiert hat. Doch warum ist er am 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetreten, wie aus deren Kartei hervorgeht? Zu einem solchen Schritt wurde doch niemand gezwungen. Und auch für den Fall, daß man seinen beruflichen Aufstieg gefährdet sah, genügte doch ein Beitritt etwa in den Reichsluftschutzbund oder aber in die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), um sich entsprechend abzusichern. Die NSDAP-Beitritte von Wilhelm Nieberg und anderen sind Ausdruck davon, wie sang- und klanglos die bürgerlichen Parteien 1933 eingegangen sind und wie angepaßt und opportunistisch sich die allermeisten ihrer Mitglieder und Funktionäre nach 1933 verhalten haben.

Daß schon lange vor dem NSDAP-Partei Eintritt eine dezidiert faschistische Gesinnung vorliegen konnte, zeigt das Beispiel **Hermann Conrings** aus Leer in Ostfriesland. Conring, der den CDU-Frakturen im Niedersächsischen Landtag (1953-1955) und im Bundestag (1953 bis 1969) angehörte, war erst 1937 Mitglied der NSDAP geworden. Aber schon 1933 fügte er in bester NS-Manier als Grund für die von ihm als Landrat veranlaßte KZ-Einweisung des jüdischen Kaufmanns Jakob de Jonge an: „Wegen seiner schädlichen, geschäftl. Handlungsweise gegenüber den deutschen Volksgenossen. Er ist Jude.“<sup>5</sup> Und am 10. August 1935 frohlockte Conring – noch immer nicht NSDAP-Mitglied – in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Aurich, daß „jetzt in der Judenfrage erfreulicherweise wieder schärfer vorgegangen werden“<sup>6</sup> dürfe.

Wie das von Conring selbst im Landkreis Leer praktiziert wurde, ist in einem Buch über Jakob de Jonge ausführlich geschildert worden.<sup>7</sup> Hier sei nur noch folgendes erwähnt: Als Conring die Stellung des „Beauftragten des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete für die Provinz Groningen“ übernommen hatte, wandte er sich Anfang Juli 1942 mit eigenen Vorschlägen zur „Behandlung der Judenfrage“ an seine Vorgesetzten. Dabei erklärte er bezogen auf seinen Zuständigkeitsbereich: „Für die Provinz Groningen wäre es sehr wünschenswert, wenn die Juden möglichst bald aus der Nachbarschaft des Küstenplatzes Delfzijl, insbesondere also aus Appingedam und Winschoten usw. bevorzugt verschwänden.“<sup>8</sup>

### Abgeordnete aus den Reihen von SA und SS

Von besonderem Interesse sind fraglos jene Fälle, bei denen die Berliner Akten neben (oder anstelle) einer NSDAP-Mitgliedschaft eine Zugehörigkeit zur SA oder SS und dementsprechende Aktivitäten belegen. Da nun die Personalakten der SA und SS nicht vollständig, sondern nur in Teilen überliefert sind, muß man davon ausgehen, daß zu den weiter unten vorgestellten Auswahlbiographien noch eine schwer abschätzbare Dunkelziffer gehört. Als Beispiel für eine solche Dunkelziffer ließe sich der FDP-Landtagsabgeordnete **Gottfried Jungmichel** aus Göttingen anführen. Während im Bundesarchiv Berlin keine Hinweise auf eine SA-Zugehörigkeit gefunden wurden, konnte Ernst Klee aus einer am 24. März 1933 von der SA-Brigade 10 (Pommern-West) über Jungmichel abgegebenen Beurteilung zitieren: „Als Mann, der schon in Zeiten des Kampfes vor der Machtübernahme offen für die Bewegung eingetreten ist, ist er in der Erledigung der vielfachen Pflichten der SA auch in der Zeit seit der Machtübernahme eine wertvolle Kraft gewesen.“<sup>9</sup>

<sup>5</sup>An die Gestapo in Wilhelmshaven gerichtete Nachweisung des Landrats in Leer vom 12. 12. 1933 über die in den Konzentrationslagern Sonnenburg, Börgermoor, Brandenburg usw. einsitzenden Schutzhaftgefangenen, Staatsarchiv (StA) Aurich: Rep. 16/1 Nr. 47, Bl. 110.

<sup>6</sup>Schreiben von Landrat Conring an den Reg.Präs. in Aurich vom 10.8.1935, in: StA Aurich: Rep. 16/1 Nr. 285.

<sup>7</sup>Vgl. Klausch, Hans-Peter: Jakob de Jonge. Aus deutschen Konzentrationslagern in den niederländischen Untergrund, Bremen 2002, S. 64 f.

<sup>8</sup>Auszug aus dem Monatsbericht Juni 1942 des Beauftragten für die Provinz Groningen, Herrn Regierungsvizepräsidenten Dr. Stüler zur Kenntnisnahme, Den Haag, den 8.7.1942, Kopie in: StA Oldenburg: Best. 140-4 Acc. 21/77 Nr. 140. Zit. n. ebd., S. 102.

<sup>9</sup>Zit. n. Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt/M. 2003, S. 292 f.

Zu jenen, bei denen eine NSDAP- und SS-Zugehörigkeit dokumentiert ist, zählt der Hannoveraner **Walter Bockenkamp**, der zunächst für die DP und dann für die CDU im Niedersächsischen Landtag saß. NSDAP-Mitglied seit 1930, wurde ihm 1939 von der NSDAP-Gauleitung Süd-Hannover-Braunschweig bescheinigt, daß er sich „vom Tage seines Eintritts“ an „ununterbrochen für die [NS-]Bewegung als SS-Mann sowie als politischer Leiter betätigt“<sup>10</sup> hätte. Von **Friedrich-Wilhelm Evers** aus Süplingen im Kreis Helmstedt ist ein Mitgliedsbuch und Personal-Ausweis der NSDAP mit Foto überliefert, das den am 1. September 1932 in die NSDAP eingetretenen späteren CDU-Landtagsabgeordneten in strammer SA-Uniform zeigt.

Zugehörigkeit dokumentiert, wohl aber eine Tätigkeit in exponierter Stellung der Hitler-Jugend. Daß er in der NS-Bewegung eine anerkannte Größe war, läßt ein Schreiben erkennen, das er am 14. Juli 1944 in seiner Funktion als „Gebietsführer der HJ Gebiet Oberschlesien“ von SS-Obersturmbannführer Brehm erhielt, der in Kattowitz als „Stabsführer des Reichskommissars Festigung Deutschen Volkstums“ fungierte:

„Lieber Parteigenosse Huisgen!

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 1. Juli 1944 teile ich Ihnen mit, daß ich damit einverstanden bin, daß die im Schloß Poremba befindlichen Inventarstücke, und zwar 1 Flügel und 1 Billard[tisch], Ihnen überlassen werden. Ich bedauere aber, Ihnen die Ledersesselgarnitur mit rundem Tisch nicht überlassen zu

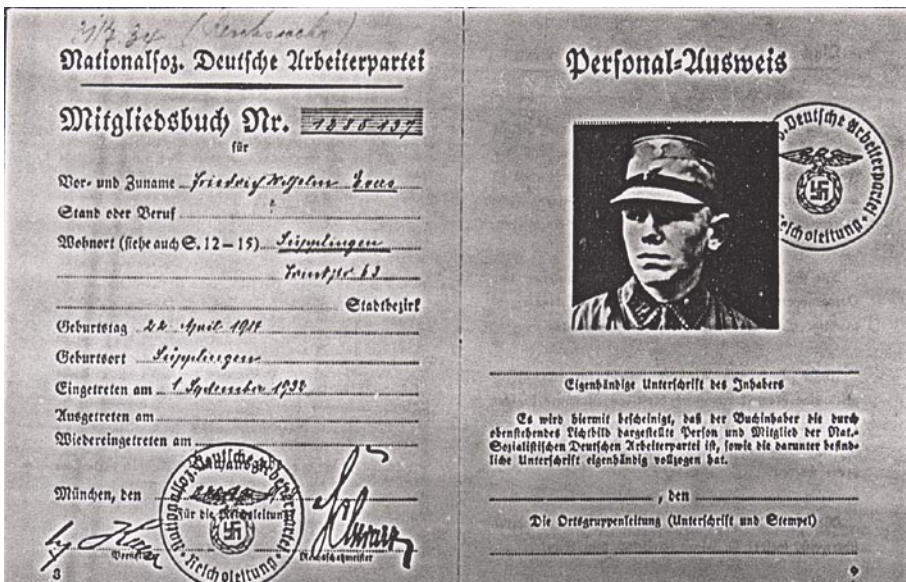


Abbildung 1: Vermutlich wegen des oben links handschriftlich vermerkten Eintritts in die Reichswehr – Evers wurde Berufsoffizier der Wehrmacht – verblieb das Dokument bei der NSDAP-Zentrale (BA Berlin: NSDAP-Mitgliederkartei (ehem. BDC), Sammlung 3200).

Für **Horst Huisgen**, seit 1950 Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Niedersachsen der FDP und auch deren Landtagsabgeordneter, ist neben der NSDAP-Mitgliedschaft zwar keine SA- oder SS-

können, nachdem sie bereits für einen Kriegsversehrten-Umsiedler vorgesehen ist und ich verständlicherweise die von meinem Bodenamt gemachte Zusage nicht wieder rückgängig machen möchte.

<sup>10</sup>Schreiben der NSDAP-Gauleitung Süd-Hannover-Braunschweig an den Reichsschatzmeister der NSDAP vom 14.10.1938, in: BA Berlin: PK (ehem. BDC): Bockenkamp, Walter.



Ich bin mit besten Grüßen und Heil Hitler! Ihr SS-Obersturmbannführer u. Stabsführer [Brehm]<sup>11</sup>

Aufschlußreich sind auch die vorliegenden Dokumente zum CDU-Landtags- und Bundestagsabgeordneten **Artur Missbach** aus der Grafschaft Hoya. Aus dem Biographischen Handbuch erfahren wir über ihn: „Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. Erstes Staatsexamen am Kammergericht [Berlin].

1935 aus dem Justizdienst ausgeschieden, Übernahme von Aufgaben in der Wirtschaft. Bei Kriegsausbruch Berufung in das Reichswirtschaftsministerium. 1942 Übernahme der hauptamtlichen Leitung einer industriellen Wirtschaftsgruppe.“ Trotz des etwas nebulösen Charakters dieser Angaben hatte Missbach im „Dritten Reich“ also ganz fraglos Karriere gemacht. Den Grundstein dafür hatte er offenbar schon in sehr frühen Jahren gelegt, wie aus seinem Teilnehmerbogen zur „Schulung der Politischen Leiter“ beim Kreisschulungsamt VI der Berliner NSDAP hervorgeht.<sup>12</sup> Demnach gehörte Missbach der Hitler-Jugend schon seit dem 12. Dezember 1930 an (damals 19 Jahre alt), um bald darauf auch in der SA und SS aktiv zu werden. In der NSDAP, der er am 1. Oktober 1931 beigetreten war, wirkte er ab 1935 als Amtsleiter.

Wie Artur Missbach hatte auch der Wilhelms-haverer CDU-Landtagsabgeordnete **Karl Pelte** zunächst eine Juristenausbildung in Berlin absolviert. Zu seinem weiteren Werdegang vermerkt das Biographische Handbuch: „1937 Ernennung zum Marine-Intendanturrat, 1942 Oberintendanturrat (Geschwaderintendant).“ Es fehlt der Hinweis, daß Pelte zuvor als Unterscharführer (vergleichbar einem Unter-offizier) des Berliner SS-Sturms 10/75 gewirkt

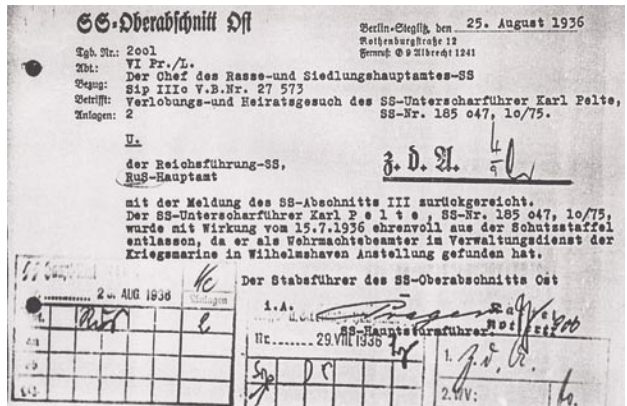


Abbildung 2: SS-Dokument betreffend Karl Pelte, 1959-1962 Stellvertreter der Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion (in: BA Berlin: RS (ehem. BDC), Pelte, Karl).

hatte. Der NSDAP gehörte er seit dem 1. Mai 1933 an.

## Alte Nazis im Landtag – Vier Beispiele:

### 1. Alfred Richter

Ein hervorstechendes Beispiel für einen Landtagsabgeordneten, bei dem neben der NSDAP-Mitgliedschaft auch die Zugehörigkeit zur SA oder SS dokumentiert ist, liefert **Alfred Richter**, der 1958/59 als DP-Mitglied, wenn auch nur für ein halbes Jahr, der DP/CDU-Fraktion angehörte. Zur Beschäftigung mit seiner Person reizt schon der Umstand, daß die ihn betreffenden Angaben im Biographischen Handbuch so denkbar knapp sind. Neben seinem Geburts- und Todesdatum sowie seiner Landtagszugehörigkeit erscheint dort als weitere Information nur ein einziges Wort: „Wirtschaftsberater“. So eine Art „Wirtschaftsberater“ war Alfred Richter schon einmal ab Ende 1930 gewesen, als er als Syndikus der Hamburger Einfuhrverbände tätig wurde. Grund für diesen Stellenantritt war, daß er zum 1. Oktober 1930 seinen Dienst als Polizei-offizier wegen nationalsozialistischer Betätigung hatte quittieren müssen. Aus einem Lebenslauf, den er in seiner Funktion

<sup>11</sup>Schreiben von SS-Obersturmbannführer Brehm an den Gebietsführer der HJ Gebiet Oberschlesien Hauptbannführer Pg. Huisgen vom 14.7.1944, in: BA-Berlin: PK (ehem. BDC), Huisgen, Horst.

<sup>12</sup>Das Dokument befindet sich in: BA Berlin: PK (ehem. BDC), Missbach, Artur.

als SA-Brigadeführer abfaßte, geht hervor, daß Richter bereits im Juli 1923 erstmals der NSDAP beigetreten ist, die bekanntlich noch im selben Jahr nach dem Putschversuch vorübergehend verboten wurde. Sein erneuter Eintritt erfolgte dann am 1. September 1930. Wie Richter in seinem Lebenslauf schreibt, war er dann in der „Kampfzeit“ – also bei den Terroreinsätzen in den Weimarer Jahren – „Führer der SA-Standarte 76 Hamburg“.<sup>13</sup> Nach der Machtübertragung an die NSDAP wurde Richter sofort Mitglied der Landesregierung Hamburg. Innerhalb der SA erklomm der Senator noch den Rang eines Gruppenführers, was einem Generalleutnant der Wehrmacht entspricht.

Richter zählte zweifellos zu den ranghöchsten Köpfen der – wie man formulieren könnte – „virtuellen“ NSDAP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. In dieser Hinsicht das braune Wasser reichen konnte ihm da nur der frühere NSDAP-Ministerpräsident von Oldenburg und Stellvertretende Gauleiter der NSDAP Weser-Ems, **Georg Joel**, der 1955 mit der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP) in den Landtag einzog. Die DRP-Abgeordneten waren nun ebensowenig Gegenstand der hier vorgestellten Nachforschungen wie die Vertreter des Gesamtdeutschen Blocks/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), unter denen sich ebenfalls nicht wenige vormalige Nazis befanden. Dennoch macht es Sinn, wenn an dieser Stelle der „alte Kämpfer“ und Träger des „Goldenen Parteiabzeichens“ Georg Joel kurz erwähnt wird. Joel wurde 1957/58 als Gast der FDP-GB/BHE-Fraktion aufgenommen, was wiederum veranschaulicht, wie wenig Berührungspunkte es in dieser Hinsicht bei den bürgerlichen Parteien gegeben hat.

## 2. Freiherr Otto von Fircks

Allein eine SS-Zugehörigkeit, nicht jedoch eine Parteimitgliedschaft, ließ sich für **Freiherr Otto von Fircks** nachweisen. Seine Aufnahme

in die SS erfolgte am 4. Mai 1940, wobei der spätere CDU-Landtagsabgeordnete sofort den Rang eines SS-Obersturmführers (entspricht Oberleutnant der Wehrmacht) erhielt. Von Fircks gehörte zu den Baltendeutschen, die von den Nazis in den annektierten polnischen Gebieten angesiedelt wurden. Im Biographischen Handbuch heißt es dazu: „1939 Umsiedlung mit der deutschen Volksgruppe [aus Lettland] in den Warthegau, bis 1941 Mitarbeit bei der Ansiedlung.“

Auf der Karteikarte, die die SS für Otto von Fircks anlegte, findet sich der Vermerk „Arbeitgeber: Ansiedl[ungs]-Stab Litzmannstadt [polnisch: Lodz]“.<sup>14</sup> Anzumerken ist, daß die Balten- und sonstigen „Volksdeutschen“ natürlich nur dort angesiedelt werden konnten, wo zuvor polnische Bürger – Juden und Nichtjuden – „ausgesiedelt“, d.h. vertrieben und deportiert worden waren. Das war auch Freiherr Otto von Fircks klar, der schon am 31. Januar 1940 aus Lodz/Litzmannstadt geschrieben hatte:

„Mit der Evakuierung geht es dort sehr gut vorwärts. Bis zum 12. Februar wird mit der Heraussetzung der Juden Schluß sein, dann kommen die Polen an die Reihe. Auch die berufliche Einsetzung geht sehr gut voran, jedenfalls kann nur geraten werden, nach Lodz zu fahren.“<sup>15</sup>

Wie die Aussiedlungen sich in der Praxis gestalteten, schilderte ein Angehöriger des Reserve-Polizeibataillons 101, das zu diesem Zweck gerade auch in und um Lodz/Litzmannstadt zum Einsatz kam. Die Quelle ist auch deshalb von Interesse, weil uns das hier genannte Bataillon noch in einem anderen Zusammenhang begegnen wird. Der besagte Polizist erklärte vor einem bundesdeutschen Gericht:

„Bei den Aussiedlungen [...] kamen die ersten von mir miterlebten Ausschreitungen und Tötungen vor. Es war stets so, daß bei unserem

<sup>13</sup>Lebenslauf von SA-Brigadeführer Richter, Alfred (undat., 1942), in: BA Berlin: Sammlung SA (ehem. BDC), Richter, Alfred.

<sup>14</sup>BA-Berlin: SS-O (ehem. BDC), Fircks, Otto von.

<sup>15</sup>Bericht Fircks' vom 31.1.1940 (Staatsarchiv Poznan: Vomi/P/23, Bl. 63 f.), zit n. Aly, Götz: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1998, S. 83.

Der Reichsstatthalter  
des Reichsgaues Wartheland  
Beauftragter des Reichskommissars  
für die Festlegung deutschen Volkstums

Studzien, den 11. Oktober 1941

**Z. d. A.**

**Verhandlung**  
181557(4)

zur Übergabe des landwirtschaftlichen Betriebes Hof Studzien  
Kreis Kutno

an den baltendeutschen Umsiedler Otto v. Fircks

Anwesend:

- Kreislandwirt Müller von "Ostland"
- v. Bremen von Reichskommissar
- Diplomlandwirt Hampo von SS-Arbeitsstab Kutno
- Umsiedler Otto v. Fircks von
- von
- von

Der landwirtschaftliche Betrieb Hof Studzien  
ist 13. März 1940 durch die Ostdeutsche Landwirtschafts-Gesellschaft m. b. H. (Ostland)  
bzw. REM in Bewirtschaftung genommen worden.

Als Wirtschaftsführer waren tätig:

Vom 13. III. 40 bis 11. X. 41 Herr Jacobsen  
Vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Herr \_\_\_\_\_  
Vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Herr \_\_\_\_\_

Hiermit wird der landwirtschaftliche Betrieb Hof Studzien  
vom Reichskommissar für die Festlegung deutschen Volkstums, im folgenden kurz Reichskommissar  
genannt, aus der öffentlichen Bewirtschaftung der Ostland herausgenommen und dem Umsiedler  
Otto v. Fircks übergeben.

Als Tag der Übergabe gilt der 1. Juli 1941

## Betriebsbeschreibung

**1. Allgemeines.**

Gut (mit Vorwerk) . . . . .	Studzien	Entfernung	
polnischer Name . . . . .	Studzien		
Gemeinde . . . . .	Rutow	7 km	
Kreis . . . . .	Kutno		
Kreisbauerschaft . . . . .	Kutno	30 km	
Bahnstation . . . . .	Turzyhow	9 "	
Verladestation . . . . .	Turzynow	9 "	
Post . . . . .	Tonningen	11 "	
oder zu erreichen über . . . . .	Donbrowice Tel. 3		
Fernsprecher . . . . .	Donbrowice 3 1. Hauce		
Zuckerfabrik . . . . .	Ostrowy	11 "	
Brennerei . . . . .	nicht vorhanden		
Milchannahmestelle . . . . .	Kroanowice	15 "	

Vor dem 1. 9. 1939 war:

Eigentümer: Ploska Camilla Vanda  
Pächter: \_\_\_\_\_  
Administrator: Sagatowski

**2. Technische Nebenbetriebe** (zum Betrieb gehörig, keine)

Brennerei	Ltr. durchschnittlicher Jahresbrand
Flockerei	da tägliche Verarbeitungsmöglichkeit
	da durchschnittliche Jahresleistung
Molkerei	Ltr. tägliche Verarbeitungsmöglichkeit
Sägewerk	

Eintreffen in den Orten bereits die sogen. Aussiedlungskommission anwesend war. [...] Diese sogen. Aussiedlungskommissionen setzten sich aus Angehörigen der schwarzen SS, aus SD und aus Zivilisten zusammen. Von ihnen erhielten wir Karten, auf denen Nummern standen. [...] Die [...] Karten bezeichneten [...] die Häuser, die von uns geräumt werden sollten. Während der ersten Zeit waren wir bemüht, sämtliche Personen aus den Häusern zu holen, ohne Rücksicht darauf, ob es Greise, Kranke oder Kleinstkinder waren. Unser Vorgehen wurde aber bald von den Angehörigen der Aussiedlungskommission gerügt. Sie beanstandeten, daß wir uns mit Greisen und Kranken abschleppten. Zwar gab man uns anfänglich nicht den Befehl, diese an Ort und Stelle zu erschießen, sondern begnügte sich erst einmal damit, uns klar zu machen, daß man mit solchen Personen doch nichts anfangen könne. In zwei Fällen habe ich erlebt, daß solche Leute an den Sammelpätzen erschossen worden sind.<sup>16</sup>

Im Zuge dieser „Aussiedlungen“ erhielt Freiherr Otto von Fircks das nördlich von Lodz gelegene 248 ha große Gut Studzien zugesprochen, das bis dahin einer vertriebenen Polin namens Camilla Vanda Ploska gehört hatte. Nach dem Krieg engagierte sich der CDU-Landtags- und Bundestagsabgeordnete, der als SS-Obsturmführer an den Vertriebenen in Polen mitgewirkt hatte, vorzugsweise

Abbildung 3: Protokoll zur Inbesitznahme des Hofes der vertriebenen Polin Camilla Vanda Ploska durch Freiherr Otto von Fircks, später CDU-Landtagsabgeordneter und Vertriebenenfunktionär in Niedersachsen (BA Berlin: EWZ-Baltikum (ehem. BDC), Fircks, Otto von).

<sup>16</sup>Zit. n. Browning, Christopher R.: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbeck bei Hamburg 1993, S. 60 f.

in der Vertriebenenpolitik: Er war Geschäftsführer des Landesverbandes Niedersachsen des Bundes der Vertriebenen, stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen in der CDU Niedersachsen, Vorstandsmitglied des Arbeitskreises für Ostfragen der niedersächsischen CDU sowie Mitglied des Präsidiums des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.

### 3. Erich Konrad

Es ist gut möglich, daß sich die Wege des Freiherren von Fircks nicht erst im Landesparlament von Hannover, sondern schon 1940/41 bei Lodz mit denen des langjährigen Schriftführers des Niedersächsischen Landtags, **Erich Konrad**, gekreuzt haben. Konrad gehörte zunächst der FDP- und später der CDU-Fraktion an. Über ihn ist im Biographischen Handbuch vermerkt: „Nach dem Abitur Offiziersanwärter bei der Preußischen Schutzpolizei. 1934

Beförderung zum Leutnant in Osnabrück. Im Juli 1945 Rückkehr nach Osnabrück als Major.“ Polizeimajor, das war nicht der einzige Rang, den Konrad bei seiner Rückkehr nach Osnabrück bekleidete. Ausweislich der Berliner Unterlagen hatte man ihn mit Wirkung zum 15. September 1944 „als SS-Sturmbannführer [entspricht einem Major der Wehrmacht] in das Führerkorps der Schutzstaffel“<sup>17</sup> der NSDAP aufgenommen. In die Naziartei selbst war Konrad bereits am 1. Mai 1937 eingetreten. In den Unterlagen, die beim SS-Rasse- und Siedlungshauptamt über ihn geführt wurden, finden sich einige Angaben dazu, woher und wovon Konrad im Juli 1945 nach Osnabrück zurückgekehrt war. So heißt es in einem von ihm verfaßten Lebenslauf (undatiert):

„Zum 1. August 1938 wurde ich zum Kommando der Schutzpolizei Hamburg versetzt und fand [...] dann als Adjutant und Personalsachbearbeiter beim Gruppenstab Ost

Gesundheitsamt  
der Stadt Berlin.  
Eingang - 4 SEP 1944

Der Chef  
des Rasse- und Siedlungshauptamtes-<sup>1)</sup>      Bothenburg/Kyffh., den 31. 8. 44  
Post Rossla/Harz

HA I <sup>1)</sup>-Aufnahme Mi./La.

Betr.: Erbgesundheitliche Beurteilung des Erich Konrad  
geb.: 4.6.10 Hfn. Rübeckerstr. 35

Bemg.: Erlass des Reichsministers des Innern vom 5.8.38 (V. 38) B. 117  
377/38 -1c79      der Reichshauptstadt Berlin  
Stammhauptaamt  
Landesamt Potsdam

Anlg.: keine

1)-Aufnahme: Rasse- u. Siedlungshauptamt  
Stabs. 3091, Post 103  
Hamburg - *Handstich*  
6. Sep 1944

An das  
Städt. Gesundheitsamt  
B e r l i n G 2

Die Krstliche Hauptabteilung im Rasse- und Siedlungshauptamt-<sup>1)</sup> bittet unter Bezug auf obigen Erlass um Auskunft, ob dort über den Obengenannten oder dessen Sippe in erbbiologischer Hinsicht Belastendes bekannt ist.

Mir Ihre Bemühungen wird im voraus gedankt.

H e i l H i t l e r !

Der Chef des Heiratsamtes  
im Rasse- und Siedlungshauptamt-<sup>1)</sup>  
i. A.

Dr. med. *Stumpf* u. *R. Krawinkel*  
1)-Hauptsturmführer  
und Abteilungsleiter.

(Für die erbetene Antwort wollen Sie die Rückseite benutzen).

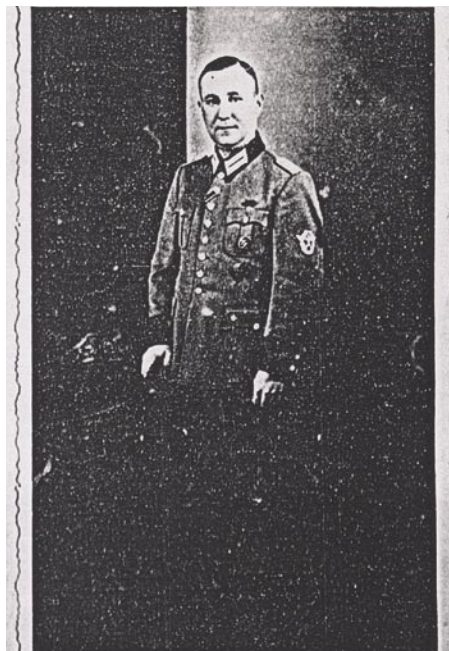


<sup>17</sup>Schreiben von SS-Obergruppenführer von Herff an Erich Konrad vom 25.11.1944, in: BA Berlin: SS-O (ehem. BDC), Konrad, Erich.



und weiter seit Mai 1940 als Kompanie-Chef im Res.Pol.Btl. 102, 101 und nun seit August 1941 im Einsatz-Batl. ‚Osten‘ Verwendung.“<sup>18</sup>

Die vorliegenden Dokumente lassen den Schluß zu, daß Konrad in dem bereits erwähnten Reserve-Polizeibataillon 101, das ja wegen seiner späteren Massenmorde durch die Bücher von Browning und Goldhagen einige Bekanntheit erlangte, genau in jenen Monaten als Kompaniechef tätig war, als die Einheit im Großraum Lodz die angeführten „Aussiedlungen“ erledigte. In deren Verlauf wurde übrigens auch das Jüdische Ghetto von Lodz errichtet, bei dessen Bewachung – so Goldhagen – „sich die Männer des Polizeibataillons 101 an der Erniedrigung, brutalen Behandlung und sogar Ermordung von Juden beteiligten. Während dieses Aufenthaltes in Polen, der bis April 1941 dauerte, erschossen Angehörige des Bataillons gelegentlich auch polnische ‚Geiseln‘.“<sup>19</sup>



Die Tätigkeit des von Konrad im Lebenslauf zuletzt genannten „Einsatz-Bataillons ‚Osten““ liegt noch weitgehend im Dunkeln. Vermutlich diente es zur Ausbildung und Abstellung von Ersatzkräften für die im „Osteinsatz“ stehenden Polizeibataillone.<sup>20</sup> Konrad selbst schrieb 1943 über seinen weiteren Aufstieg innerhalb der Ordnungspolizei:

„Zum 1.6.1942 wurde ich von der Gendarmerie übernommen und nach Linz versetzt unter gleichzeitiger Abordnung nach Potsdam. Am 20. April 1943 wurde ich nach mit gutem Erfolg bestandenen Lehrgang zum Major befördert. Seit dem 18. Mai ds. Jahres befinde ich mich als Kommandeur der Ordnungspolizei im Einsatz [beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Kroatien in Agram=Zagreb].“<sup>21</sup> Die dortigen Aufgaben dürften ähnlich gewesen sein wie jene, die die Ordnungspolizei im Osten erledigte.

#### 4. Helmut Kistorz

Zu den schillerndsten Figuren unter den CDU-Landtagsabgeordneten mit NSDAP-Vergangenheit zählt zweifellos der 1986 in Salzgitter verstorbene **Helmut Kistorz**. Der gelernte Ofensetzer gehörte zur deutschen Volksgruppe in Kattowitz in Ostoberschlesien, das nach dem Ersten Weltkrieg an Polen gefallen war. Die Gestapo-Zentrale in Berlin erteilte über ihn am 26. Februar 1940 die folgende „Politische Auskunft“:

„Helmut Kistorz ist Volksdeutscher, hat der Jungdeutschen Partei und dem Deutschen Volksblock angehört und war Hauptvorstand des Deutschen Volksblocks in Kattowitz. [...] K. bekannte sich offen zum Deutschtum und

*Abbildungen 4 und 5: Anfrage zur SS-Aufnahme des Polizeimajors Erich Konrad. Das Foto zeigt den langjährigen Schriftführer des Niedersächsischen Landtags in der Uniform der Ordnungspolizei (BA Berlin: RS (ehem. BDC): Konrad, Erich).*

<sup>18</sup>Undat, Lebenslauf von Erich Konrad, in: BA Berlin: RS (ehem. BDC), Konrad, Erich.

<sup>19</sup>Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, 3. Aufl, Berlin 1996, S. 243.

<sup>20</sup>Vgl. Klemp, Stefan: „Nicht ermittelt“. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz – Ein Handbuch, Essen 2005, S. 447; Kopitzsch, Wolfgang: Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg, in: Ebbinghaus, Angelika; Linne, Karsten (HG.): Kessin abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 1997, S. 311.

<sup>21</sup>Lebenslauf von Erich Konrad vom 15.10.1943, in: BA Berlin: SS-O (ehem. BDC), Konrad, Erich.

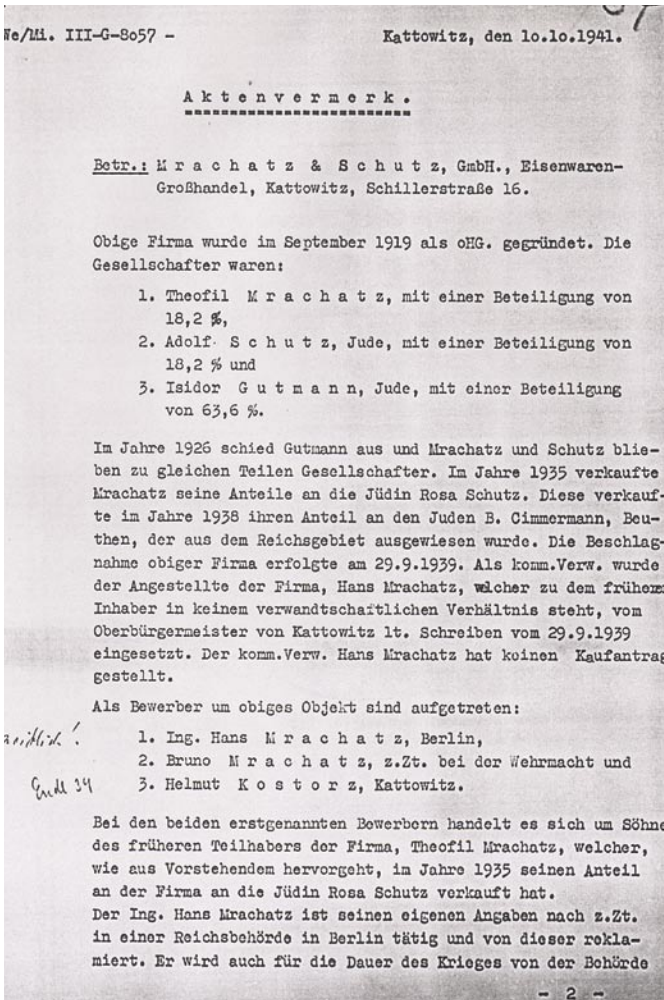
setzte sich jederzeit für die deutschen Belange ein. Nach der Befreiung Ostoberschlesiens – also nach dem Angriff auf Polen – „wurde K. zum Ortsgruppenleiter [der NSDAP], zum Ratsherrn der Stadt Kattowitz und zum Kreishandwerksleiter, sowie zum Aufsichtsratsmitglied für Handel und Gewerbe ernannt.“<sup>22</sup>

Wenn Helmut Kostorz nach dem Überfall auf Polen also geradezu mit Ämtern überhäuft

wurde, dann lagen dem auch noch solche „Verdienste“ zugrunde, die in dem angeführten Gestapo-Dokument unerwähnt blieben. Benannt werden sie in einem Schreiben der NSDAP-Kreisleitung Kattowitz vom 29. Oktober 1943: „Außer seinem Einsatz in der volksdeutschen Bewegung hat er vom Jahre 1937 ab mit dem SD. [Sicherheitsdienst der SS] Oppeln zusammengearbeitet und in den Augusttagen des Jahres 1939“ – also unmittelbar vor dem deutschen Überfall – „den ersten Waffentransport für die Organisationen des Selbstschutzes bzw. Freikorps ‚Ebbinghaus‘ durchgeführt.“<sup>23</sup> Kostorz zählte also zur „5. Kolonne“ der Nazis, die auf polnischem Gebiet die Vorbereitungen für den deutschen Überfall traf.

Die Ämterflut, die nach Kriegsbeginn über Helmut Kostorz hereinbrach, hat sicherlich dazu beigetragen, das sein Ofenbaugeschäft einen Steuerlichen Reingewinn von stattlichen 23.000 RM abwarf (so die Angabe für 1943). Ungeachtete dessen bemühte er sich seit 1940 dann intensiv um den Erwerb der be-

Abbildung 6: Aktenvermerk zum Objekt der Begierde des späteren CDU-Landtagsabgeordneten Helmut Kostorz, der als Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit die „Vertriebenenarbeit“ angab (in: BA Berlin: EWZ-Polen (ehem. BDC), Kostorz, Helmut).



<sup>22</sup>Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamts in Berlin an die Haupttreuhandstelle Ost vom 26.2.1941, in: BA Berlin: EWZ-Polen (ehem. BDC), Kostorz, Helmut.

<sup>23</sup>Schreiben des NSDAP-Kreisleiters von Kattowitz vom 29.10.1943, in: BA Berlin: EWZ-Polen (ehem. BDC), Kostorz, Helmut.

schlagnahmten und von ihm treuhänderisch verwalteten Kattowitzer Eisenwarengroßhandlung des Juden B. Cimmermann, die mit einem jährlichen Reingewinn von fast 70.000 RM veranschlagt wurde. In einem Aktenvermerk ist festgehalten, daß sich Kostorz „zur Erreichung seines Ziels aller überhaupt nur möglichen Mittel“<sup>24</sup> bedienen würde. Dennoch gestaltete sich die Sache kompliziert, da es „arische“ Mitbewerber gab und bevorzugt „Kriegsversehrte“ mit dem geraubten jüdischen Besitz versorgt werden sollten.

Zu einem herben Rückschlag kam es für Kostorz, als er Anfang 1942 seine „uk-Stellung“ verlor und für die Wehrmacht freigegeben wurde. Zu den Hintergründen schrieb der Kreisleiter der NSDAP am 15. Juni 1942:

„Es ist aufgefallen, daß Parteigenosse Kostorz in den letzten Monaten seines Hierseins einen Lebenswandel geführt hat, der als außerordentlich ausschweifend zu bezeichnen ist. Ich bin zu der berechtigten Annahme gekommen, daß diese Entgleisung des Parteigenossen Kostorz darauf zurückzuführen ist, daß er wahrscheinlich in seinen Unternehmungen zuviel Geld verdient.“<sup>25</sup>

Nach angeblichem Fronteinsatz kehrte Kostorz nach Kattowitz zurück, und zwar „verletzt“ bzw. „verwundet“, wie seine Fürsprecher verbreiteten. Er wurde erneut als NSDAP-Ortsgruppenleiter eingesetzt und konnte nun als angeblich

Kriegsversehrter Ansprüche auf den Besitz des Juden Cimmermann erheben.

Als zumindest eine Übernahme von 60% der Cimmermannschen Großhandlung „in trockenen Tüchern“ schien, entpuppte sich die angebliche Kriegsverletzung als ein – so wörtlich – „Bluterguß im Knie“, welcher zur Ausmusterung geführt hatte. So scheiterten die bis hinein in das Jahr 1945 dauernden Verhandlungen um eine Übernahme des Cimmermannschen Unternehmens schließlich doch noch, obwohl Kostorz noch im November 1944 vom Gaupresseamtsleiter bescheinigt worden war, als „Aktivist immer in den vordersten Reihen der Bekenner zu Adolf Hitler und der nationalsozialistischen Weltanschauung gestanden“<sup>26</sup> zu haben.

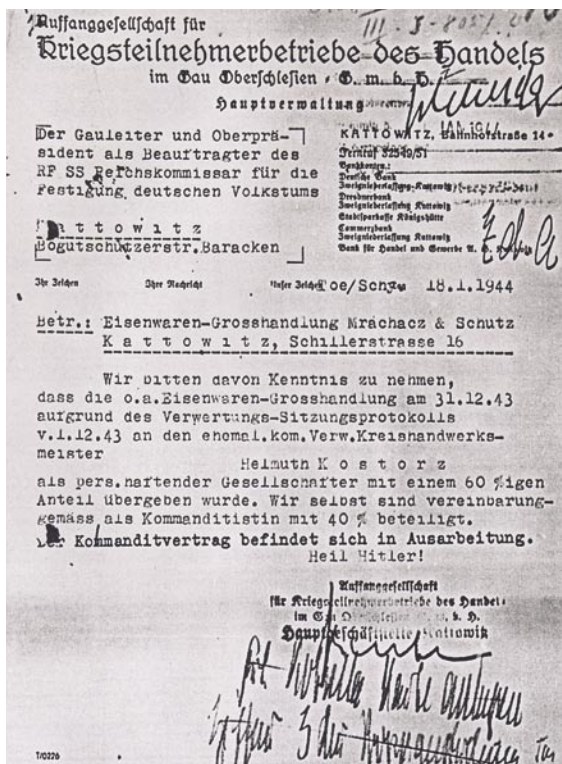


Abbildung 7: Zur Jahreswende 1943/44 hatte Kostorz die Übernahme des jüdischen Besitzes fast erreicht, wie dieses Dokument zeigt (in: BA Berlin: EWZ-Polen (ehem. BDC), Kostorz, Helmut).

<sup>24</sup>Aktenvermerk des Beauftragten des Reichsführers SS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums in Kattowitz vom 10.10.1941, in: BA Berlin: EWZ-Polen (ehem. BDC), Kostorz, Helmut.  
<sup>25</sup>Schreiben des NSDAP-Kreisleiters von Kattowitz vom 15.6.1942, in: BA Berlin: EWZ-Polen (ehem. BDC), Kostorz, Helmut.  
<sup>26</sup>Bescheinigung des Gaupresseamtsleiters Heinz Brandt für den Pg. Helmut Kostorz vom 21.11.1944 (Abschrift), in: BA Berlin: EWZ-Polen (ehem. BDC), Kostorz, Helmut.

Mit dieser Biographie fühlte sich Helmut Kostorz nach dem Krieg, ähnlich wie sein blaublütiger Parteifreund Otto Freiherr von Fircks, dazu berufen, die „Vertriebenenarbeit“ zum Schwerpunkt seiner CDU-Aktivitäten zu machen. Im Biographischen Handbuch heißt es dazu: „Seit 1951 stellvertretender Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien und Vorsitzender des Arbeitskreises Ost-Oberschlesien in der Landsmannschaft Schlesien, Mitglied im Bundesvorstand.“ Und außerdem: „Mitglied des Landesverbandes Oder/Neiße der CDU und stellvertretender Landesvorsitzender des Vertriebenenausschusses des Landesverbandes der CDU in Braunschweig.“

### **Willige Unterstützer – auch ohne NSDAP-Parteibuch**

Zum Abschluß dieser Broschüre ist noch darauf hinzuweisen, daß man in den Unterlagen des vormaligen Berlin Document Centers mitunter auch auf Akten stößt, die sich auf solche späteren niedersächsischen Landtagsabgeordneten beziehen, die nicht der NSADP oder einer ihrer Gliederungen angehörten. Zwei Beispiele dafür seien hier noch kurz vorgestellt. Das erste betrifft den evangelischen Pfarrer **Adolf Cillien**, der in den Jahren 1933 bis 1945 als Superintendent und Oberkirchenrat tätig war. In dem von Richard Stöss herausgegebenen Parteienhandbuch wird er in einen vagen Zusammenhang mit dem christlichen oder konservativen Widerstand gebracht. Es heißt dort:

„Zu den Protestanten, die schon in der Aufbauphase für die CDU aktiv waren, gehörten u.a. [...] Adolf Cillien und Arnold Fratzscher in Hannover [...]. Sie kamen zumeist aus dem Umkreis der ‚Bekennenden Kirche‘, die die Autonomie der evangelisch-kirchlichen Institutionen gegenüber dem NS-Staat verteidigt hatte, und rechneten sich zum konservativen Widerstand gegen das NS-Regime.“<sup>27</sup> Ob Adolf

Cillien tatsächlich als „Kronzeuge“ für die von Dr. Bernd Althusmann für die CDU postulierten „geistigen und politischen Wurzeln im christlich motivierten Widerstand“ dienen kann, erscheint zumindest fraglich, wenn man liest, mit welchen Worten Cillien Ende 1940 bei der Reichsschrifttumskammer die turnusmäßige Verlängerung seiner Publikationserlaubnis betrieb. Im beizufügenden Lebenslauf schrieb er:

„Parteipolitisch habe ich mich nie betätigt, hingegen befaßte ich mich sehr eingehend mit den sozialen Fragen. Als Pfarrer einer Arbeitergemeinde in Hannover mit einer erschreckenden Arbeitslosennot hielt ich in den Jahren 1931-32 unter Beurlaubung von meinem Pfarramt Weltanschauungswochen für Arbeitslose. Wohl gab es auf all den versuchten Wegen keine wirkliche Lösung der sozialen Frage, aber ich durfte an vielen hundert arbeitslosen Brüdern einen dankbar anerkannten seelischen Dienst tun. Für mich ist vieles von dem, was ich als Jugendlicher ersehnte und als Mann in meinem Amte mitzugestalten versuchte, im neuen Großdeutschen Reiche durch den Führer zu einer ungeahnten Erfüllung gekommen.“<sup>28</sup>

Der in dem zitierten Parteienhandbuch zusammen mit Cillien genannte Arnold Fratzscher schrieb in seinem Buch „CDU in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde“ über den Oberkirchenrat, dessen Sehnsüchte „durch den Führer zu einer ungeahnten Erfüllung“ gekommen waren: „Was Dr. Adenauer an Cillien faszinierte, war dessen Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, Klarheit und Prinzipientreue. Cillien vertrat stets in seinem Reden und Handeln die Meinung, daß eine gute und dauerhafte Politik nur praktiziert werden könne auf der Basis einer sauberen Moral. Unter diesem Postulat einer Politik aus christlicher Verantwortung war Oberkirchenrat Cillien 1945 [...] in die Politik eingetreten [...]“<sup>29</sup> Wie paßte das mit der oben zitierten Huldigung an Adolf Hitler zusammen, bliebe zu fragen.

<sup>27</sup>Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 1, Opladen 1986, S. 498 (Beitrag von Ute Schmidt).

<sup>28</sup>Lebenslauf von Adolf Cillien (undatiert), in: BA Berlin: RK/RSK II (ehem. BDC), Cillien, Adolf.

<sup>29</sup>Fratzcher, Arnold: CDU in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, hg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Rosdorf 1971, S. 38.



Das letzte hier vorgestellte Beispiel betrifft den CDU-Abgeordneten **Dr. Georg Strickrodt**, der von 1946 bis 1950 auch Niedersächsischer Finanzminister war. Über ihn liest man im Biographischen Handbuch: „1936 Entlassung aus politischen Gründen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Erwerbslos. Dann Sachbearbeiter bei einer Wirtschaftsgruppe der eisenverarbeitenden Industrie“ – Bei dem Wort „Sachbearbeiter“ sieht man ihn förmlich vor sich, den vormaligen Arbeitslosen, wie er nun mit Ärmelschonern in einem muffigen Büro hinter einem Schreibtisch saß. Weiter heißt es dann: „von dort zu den Reichswerken für Erzbearbeitung und Eisenhütten Watenstedt-Salzgitter. Dort tätig beim Aufbau der Siedlungen und der Gas- und Wasserversorgung.“ Beim Lesen dieser Zeilen könnte man glauben, Dr. Strickrodt hätte damals selbst den Spaten in die Hand genommen, wie das heute Hartz IV-Opfer als 1-EURO-Jobber bei so manchem städtischen Gartenamt tun.

Tatsächlich war Strickrodt seit 1937 an führender Stelle der Reichswerke „Hermann Göring“ tätig, und das ist auch der Grund, weshalb man ihm in den Berliner Akten begegnet, obwohl er der NSDAP oder der SS – wie das im Internet behauptet wird – nach bisherigem Kenntnisstand nicht angehört hat. Aufgrund seiner hervorgehobenen Position in der Wirtschaft findet man einiges zu seiner Tätigkeit in der Parteikorrespondenz der NSDAP, so etwa für ihn ausgestellte Auslandsreisepapiere, in denen als Reisegrund das Walzwerk Yjuiden in Holland bzw. dessen „Abbruch und [...] Verlegung [...] nach Deutschland“ erscheint. Im selben Dokument ist auch von „wasserwirtschaftlichen Angelegenheiten“ die Rede, doch betrafen diese nicht die Wasserversorgung von Siedlungen bei Watenstedt-Salzgitter, wie man nach den Angaben im Biographischen Handbuch vermuten könnte, sondern die „auf französischem Gebiet gelegenen Minette-Bergbau-Gruben“<sup>30</sup>, die sich

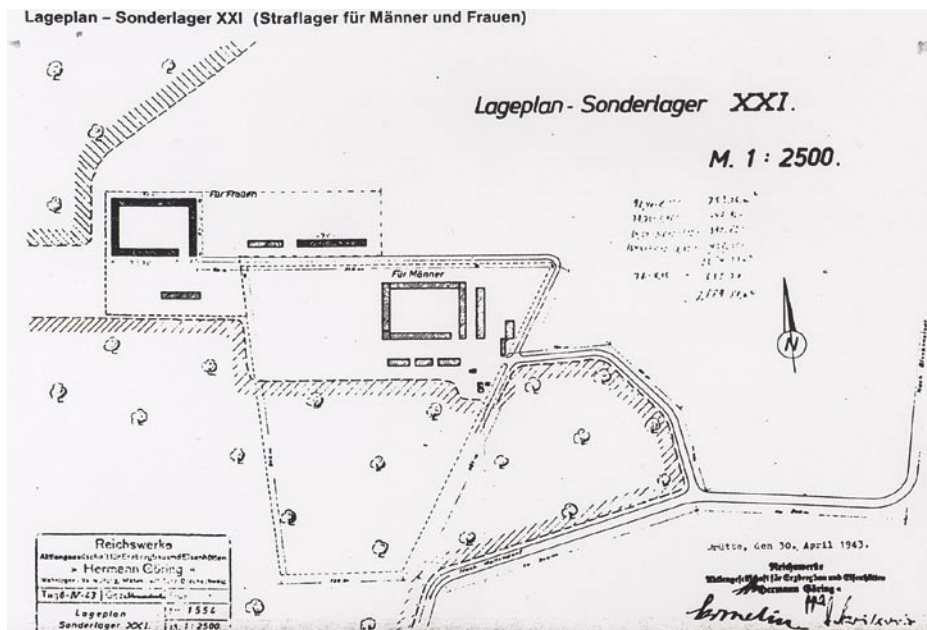


Abbildung 8: Der Lageplan des im Zusammenwirken von Gestapo und Reichswerken „Hermann Göring“ geschaffenen „Lagers 21“, das auch als „Arbeitserziehungslager Watenstedt“ bezeichnet wurde, trägt unten rechts die Unterschrift von Strickrodt (daneben die seines Mitarbeiters Wilhelm Cornelius). Im Lager 21 starben mehr als 1.000 Häftlinge (aus: StA Wolfenbüttel: 77 Neu Fb. 7, Nr. 55).

<sup>30</sup>Von der Berliner Hauptkasse der Reichswerke „Hermann Göring“ am 30.4.1943 für Georg Strickrodt ausgestellter Durchlaßschein für Frankreich, in: BA Berlin: PK (ehem. BDC), Strickrodt, Georg.

die Reichswerke „Hermann Göring“ ebenfalls unter den Nagel gerissen hatten, um die deutsche Kriegsproduktion voranzutreiben.

Strickrods Tätigkeit betraf nicht nur den juristisch ummantelten Raub von Rohstoffen und Industrieanlagen in den besetzten Gebieten, sondern auch die Beschaffung von Arbeitskräften, und dazu zählten Hunderttausende von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. So schrieb Strickrod am 4. Juli 1944 unter dem Betreff „KZ Drütte der Reichswerke ‚Hermann Göring‘“ an die „Zentralstelle Salzgittergebiet“:

„Hiermit übersende ich Ihnen ein Stück des Vertragsentwurfs des Konzentrationslagers Neuengamme. [...] Die Häftlinge arbeiten bereits für uns. [...] Ich schlage vor, den Entwurf zu unterzeichnen und im Begleitbrief auszuführen: ...‘Wenn wir davon absehen, Ihnen einen Vertrag wie den über das Lager 21 vorzuschlagen, so gehen wir davon aus, daß die einzelnen Bestimmungen Ihres Vorschlages jeweils im Hinblick auf höchstmögliche Arbeitsleistung der Häftlinge und im Rahmen der uns gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten ausgelegt werden sollen. [...]‘ Heil Hitler gez. Strickrod.“<sup>31</sup>

1999 hat August Meyer eine umfangreiche Monographie zu den Reichswerken „Hermann Göring“ vorgelegt. Darin wird Dr. Strickrod als „enger Vertrauter von [...] Heinrich Himmler und SS-Obergruppenführer Pohl“ bezeichnet, der „u.a. auch zuständig für die Vertragsgestaltung beim Einsatz von KZ-Häftlingen“<sup>32</sup> war.

## Die braunen Wurzeln – ein Fazit

Abschließend bleibt festzustellen, daß die eingangs zitierte Position des CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Bernd Althusmann, wonach die CDU „ihre geistigen und politischen Wurzeln im christlich motivierten Widerstand gegen den Terror des Nationalsozialismus“ hätte, in dieser Rigorosität und Einseitigkeit in das Reich der Legenden und Schimären gehört. Zweifellos gab es unter den Abgeordneten, die von der CDU, der FDP und der DP in den Landtag in Hannover entsandt wurden, Männer, die aus christlichen oder bürgerlich-demokratischen Überzeugungen heraus Gegner des Nationalsozialismus gewesen sind und als solche Schikanen, Überwachung oder gar Inhaftierungen zu erleiden hatten. Das Biographische Handbuch macht diesbezügliche Angaben – die allerdings, wie gesehen, mitunter mit Vorsicht zu betrachten sind – zu etwa 25 Abgeordneten der genannten Parteien. Wie eine erste Auswertung des Berliner Archivmaterials zeigt, waren die bürgerlichen Parteien bzw. deren niedersächsische Landtagsfraktionen aber zugleich ein Sammelbecken vormaliger Nazis mit und ohne Parteibuch, unter denen sich nicht nur Mitläufer und Opportunisten, sondern auch Aktivisten und Funktionsträger befanden. Eine kritische Aufarbeitung dieser politischen Wurzeln ist von der niedersächsischen CDU bis heute offenbar nicht geleistet worden. Ähnliches gilt für die FDP. Der Niedersächsische Landtag steht vor der Aufgabe, im Zuge einer überarbeiteten Neuauflage seines Biographischen Handbuchs die darin enthaltenen „weißen Flecken“ mit Inhalt zu füllen und geschichtsklitternde Schönfärbereien zu korrigieren, um auf diese Weise eine sachgemäße Auseinandersetzung mit der Geschichte des Landes zu fördern.

<sup>31</sup>Das Schreiben ist abgedruckt in: Meyer, August: *Hitlers Holding. Die Reichswerke „Hermann Göring“*, München 1999, S. 439.

<sup>32</sup>Ebd., S. 295 und 302.

## Niedersächsische Landtagsabgeordnete und ihre NSDAP-Mitgliedschaft

Name	Partei	Wahlperiode	NSDAP-Mitgliedschaft
Bockenamp, Walter	DP/CDU	4. und 5. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. April 1930 (Mitgliedsnr. 219875), hat sich nach der Angabe der NSDAP-Gauleitung Süd-Hannover-Braunschweig „vom Tage seines Eintritts ununterbrochen für die Bewegung als SS-Mann sowie als politischer Leiter betätigt“.
Boeck, Wolfgang	CDU	3. und 4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 5594028)
Bosselmann, Gustav	CDU	5. – 9. Wahlperiode	Am 1. Mai 1937 als Student NSDAP-Aufnahme beantragt (Parteiانwärterkarte Nr. 27247)
Brinkmann, Friedrich-Georg	FDP	2. – 4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Oktober 1930 (Mitgliedsnr. 314223)
Dr. Broistedt, Fritz	DP/CDU DP	2. und 3. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 5767313)
Bruns, Warner	DP	1. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied spätestens seit Juli 1937 (Mitgliedsnr. 7458669)
Buddenberg, Wilhelm	CDU	6. – 8. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. März 1940 (Mitgliedsnr. 7575393)
Cohrs, Alfred	FDP	3. Wahlperiode 5. – 6. Wahlperiode	Am 1. Mai 1937 NSDAP-Aufnahme beantragt (Parteiانwärterkarte Nr. C 2943)
Dr. Conring, Hermann	Unabh.	2. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1937
Creutzenberg, Hermann	CDU	7. bis 10. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. September 1942 (Mitgliedsnr. 9129630)
Cillien, Adolf	CDU	1. Wahlperiode	siehe Text
Dreyer, Hugo	GB/BHE CDU	3. – 5. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. November 1935 (Mitgliedsnr. 6910610)
Dreyer, Nikolaus	FDP CDU	5. und 6. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. November 1939 (Mitgliedsnr. 7113074)
Ehlers, Ludwig	CDU	4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 2573054)
Ehrfurt, Emanuel	CDU	4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Dezember 1938 (Mitgliedsnr. 6700890). Als Wohnadresse ist ab 1940 angegeben „NSDAP Kreistlg.“ in „Neutitschein“ Gau „Sud.Land“, was auf eine entsprechende Funktion hindeutet.
Erbacher, Josef	BHE/FDP	2. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1931 (Mitgliedsnr. 528344)
Ernst, Gustav	FDP	6. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. März 1932 (Mitgliedsnr. 1000825)
Von Essen, Ernst	CDU	10. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Oktober 1940 (Mitgliedsnr. 8425281) „Ortsgr. Estland Gau: Ausland“
Evers, Friedrich-Wilhelm	CDU	9. und 10. Wahlperiode	NSDAP-Eintritt am 1. September 1932 (Mitgliedsbuchnr. 1.285137) – für Abbildung/Illustration geeignet
Freiherr von Fircks, Otto	CDU	5. Wahlperiode	SS-Angehöriger seit dem 4. Mai 1940 (SS-Obersturmführer, Mitgliedsnr. 357261). Ausführliche Darstellung im Rahmen des Textes. Von Fircks berichtete am 31.1.1940 aus Lodz/ Litzmannstadt: „Mit der Evakuierung geht es dort sehr gut vorwärts. Bis zum 12. Februar wird mit der Heraussetzung der Juden Schluss sein, dann kommen die Polen an die Reihe. Auch die berufliche Einsetzung geht gut voran, jedenfalls kann nur geraten werden, nach Lodz zu fahren“ ( <i>Zit. n. Aly, Götz: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1998, S. 83</i> )

Flügel, Johannes	CDU	3. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 4061442)
Furhop, Hans-Jürgen	CDU	7. – 9. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 5904351)
Grube, Helmut	DP CDU	4. – 8. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. April 1933 (Mitgliedsnr. 1676875)
Hackethal, Karl	DP/CDU CDU	2. und 3. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 4785214)
Hahn, Herrmann	DP/CDU	3. und 4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 5184627)
Hanker, Friedrich	DP	1. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit (vermutlich) 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 3155463); Parteiausschluss 1936. Ausführliche Darstellung im Text.
Helmers, Hans	DP/CDU DP	2. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 3186624)
Heuer, Wolfgang	DP/CDU	3. und 4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 3066966)
Homeier, Willi	GB/BHE FDP	3. – 6. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit. 1. September 1940 (Mitgliedsnr. 774714)
Hoppenbrock, August	CDU	3. – 5. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Dezember 1931 (Mitgliedsnr. 919587)
Huisgen, Horst	FDP	2. – 4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied, Eintrittsdatum und Mitgliedsnr. nicht bekannt. „Gebietsführer der HJ Gebiet Oberschlesien“. Ausführliche Darstellung im Text.
Dr. Ismer, Rolf	CDU	3. und 4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Oktober 1932 (Mitgliedsnr. 1350966)
Joel, Georg	DRP	3. Wahlperiode	Mitglied der NSDAP –Ortsgruppe Oldenburg seit 1925. Von 1933 bis 1945 Ministerpräsident und Innenminister des Landes Oldenburg. (Biographisches Handbuch des Landtags)
Dr. Jungmann, Gerhard	CDU		NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 2729859). Laut „Parteistatistische Erhebung 1939“ auch „führend tätig“ in der SA
Konrad, Erich	FDP CDU	5. und 6. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 6986825); Eintritt in die SS am 15. September 1944 im Rang eines SS-Sturmbannführers (entspricht Major der Wehrmacht). Ausführliche Darstellung im Text.
Kostorz, Helmut	CDU	4. und 5. Wahlperiode	NSDAP-Ortsgruppenleiter in Kattowitz seit 1939/40. Ausführliche Darstellung im Text.
Krüger, Alfred	CDU	4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 2624026)
Kühnholz, August-Wilhelm	FDP	3. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 2592012)
Kumtscher, Ernst	CDU	1. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Dezember 1938 (Mitgliedsnr. 6595129)
Lammers, August	FDP	4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. April 1936 (Mitgliedsnr. 3742982)
Lange, Günter	CDU	7. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 2576681)
Dr. Lenz, Lothar	CDU	3. – 5. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 2325186)
Leyoldt, Otto	CDU	3. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 4889990)
Missbach, Artur	CDU	3. und 4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Oktober 1931 bzw. 21. August 1931 [Eintrittsdatum?] (Mitgliedsnr. 658808); Laut Fragebogen des „Kreisschulungsamt[es] VI“ zur „Schulung der Politischen Leiter“ im „Lehr-gang: I November 1936 bis März 1937“ schon seit „12.12.1930 Hitler-Jugend, dann SA,SS u. Pol. Leiter“

Dr. Müller-Haccius, Otto	CDU	5. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. nicht vorhanden)
Dr. Neddenriep, Hermann	DP/ CDU	2. – 4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 5688554)
Nickel, Horst	CDU	7. – 9. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 5084928)
Nieberg, Wilhelm	CDU	3. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 4111051)
Ostermann, Ernst	SRP FDP	2. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Aug. 1929 (Mitgliedsnr. 146537)
Ottens, Hans-Heinrich	CDU	11.- und 12. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit September 1942 (Mitgliedsnr. 9231849)
Pelte, Karl	CDU	3. und 4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 2659564); Angehöriger der Berliner SS seit spätestens 1935 (SS-Nummer 185047); zum 15.7.1936 entsprechend den geltenden Bestimmungen „ehrevoll“ aus der SS entlassen wegen Eintritts in den Verwaltungsdienst der Kriegsmarine in Wilhelmshaven, letzten Rang SS-Unterscharführer (entspricht Unteroffizier der Wehrmacht)
Dr. Pflaumbaum, Walter	CDU	3. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 3144293), in die SA am 22. Februar 1939 mit dem Dienstgrad Sturmhauptführer (entspricht Hauptmann der Wehrmacht) aufgenommen
Dr. Puvogel, Hans	CDU	5. – 8. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr: 4182837) In seiner 1937 in Göttingen vorgelegten Doktorarbeit mit dem Titel „Die leitenden Grundgedanken bei der Entmannung gefährlicher Sittlichkeitsverbrecher“ schrieb Puvogel: „Nur ein rassistisch wertvoller Mensch hat innerhalb der Gemeinschaft eine Daseinsberechtigung. Ein wegen seiner Minderwertigkeit für die Gemeinschaft nutzloser, ja schädlicher Mensch ist dagegen auszuschneiden.“ Nach Bekanntwerden der Dissertation Rücktritt als nds. Justizminister am 24.3.1978. (Vgl. Klee, Ernst: <i>Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?</i> , Frankfurt/M. 2003, S. 474; <i>der Rücktritt bleibt im „Biographischen Handbuch“ unerwähnt.</i> )
Richter, Alfred	DP	3. Wahlperiode	Erster NSDAP-Eintritt im Juli 1923 bis zum Verbot, erneuter NSDAP-Eintritt am 1.9.1930 (Mitgliedsnr. 370631); SA-Karriere ab dem 7. September 1930 bis zum SA-Gruppenführer (1943, entspricht Generalleutnant der Wehrmacht); seit 1931 für die NSDAP in der Hamburger Bürgerschaft, später als Senator Mitglied der dortigen Landesregierung.
Rollwage, Robert	CDU	5. Wahlperiode	Eintritt in die NSDAP am 1. Mai 1932 (Mitgliedsnr. 1095251, Aufnahme datum wahrscheinlich 1. September 1932)
Rose, Hans	CDU	7. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. September 1942 (Mitgliedsnr. 9554379, Aufnahme beantragt am 18.4.1940)
Rosenthal, Paul	FDP	3. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 3076648)
Schäfer, Hans	FDP/ SPD	4. – 8. Wahlperiode	NSDAP-Eintritt am 15.12.1938, auch SS-Angehöriger (Sturmmann)
Schelten-Peterssen, Carl-Edzard	CDU	5. – 7. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Oktober 1941 (Mitgliedsnr. 9001242, Aufnahme beantragt am 28. August 1941)
Schmetjen, Klaus	CDU	5. – 8. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Sept. 1938 (Mitgliedsnr. 6947340)

Schmidt, Heinrich	CDU	5. – 7. Wahlperiode	Aufnahmeantrag für die NSDAP am 1. Mai 1937 (Parteiانwärterkarte)
Schmidt, Walter	CDU	3. – 5. Wahlperiode	NSDAP-Mitgliedsnr. 4043516, Eintrittsdatum unbekannt (vor Kriegsbeginn); schon 1924-1929 Stadtverordneter der Deutsch-völkischen Freiheitsbewegung in Halle; 1942 Kreisamtsleiter der NSDAP in Litzmannstadt (Lodz), dort auch Oberverwaltungsrat.
Schulze, Erich	CDU	7. – 8. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 5525012)
Schuster, Paul Oskar	CDU	3. und 4. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 3064584)
Dr. Siemer, Hermann	CDU	1. Wahlperiode	Siemer schilderte 1970/71 seine Einvernahme durch die britische Besatzungsmacht mit den Worten: „Daß ich kein Nazi gewesen war, konnte ich mit gutem Gewissen behaupten, außerdem wußte ich das Zeugnis so gut wie der gesamten Bevölkerung unseres Kreises hinter mir. Meine Einstellung zur Ideologie des Dritten Reiches und zu seinen Hasardeuren war hinlänglich bekannt. Verhaftungen durch die Gestapo hatten meine nie verleugnete Meinung noch spektakulär unterstrichen.“ ( <i>Zit. n. Fratzscher, Arnold: CDU in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, rosendorf 1971, S. 25 f.</i> ) „Verleugnet“ hatte Siemer aber wohl, dass er am 1. Mai 1933 in Berlin in die NSDAP eingetreten war (Mitgliedsnr. 2658864)
Stegner, Artur	FDP	2. Wahlperiode	NSDAP-Eintritt am 1. Dez. 1931 (Mitgliedsnr. 7387900)
Dr. Steinmetz, Willy	DP	3. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 4235942)
Stender, Herbert	FDP/CDU	5. – 8. Wahlperiode	NSDAP-Eintritt am 1. Mai 1933 (Mitgliedsnr. 2706575)
Dr. Stickrodt, Georg	CDU	1. Wahlperiode	Ausführlich im Text erwähnt. Kein NSDAP-Mitglied.
Freiherr von Wangenheim, Adolf	CDU	8. – 12. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 20. April 1944 (Mitgliedsnr. 10041589, Aufnahmeantrag vom 21. Februar 1942)
Warnecke, Heinrich	CDU	7. – 11. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. September 1941 (Mitgliedsnr. 8697233, Aufnahmeantrag vom 11. Mai 1941)
Watermann, Hans	DP/ CDU CDU	2. – 5. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 4615584, Aufnahmeantrag vom 13. Juli 1937, rückwirkende Aufnahme oder Verwechslung)
Westerholt, Hans	CDU	5. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied sei 1. Mai 1937 (Mitgliedsnr. 5274155, Aufnahmeantrag vom 22. Juni 1937, rückwirkende Aufnahme oder Verwechslung)
Willführ, William	CDU	3. Wahlperiode	NSDAP-Eintritt am 1. April 1933, spätestens 1937 ausgetreten oder ausgeschlossen
Wübbena-Mecima, Anton	CDU	7. – 9. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit 1. März 1940 (Mitgliedsnr. 7513703, Aufnahmeantrag vom 16. November 1939)
Ziemer, Hans	CDU	3. – 5. Wahlperiode	NSDAP-Mitglied seit Juni 1944 (Mitgliedsnr. 1007009, Aufnahmeantrag vom 11. März 1944), HJ-Mitglied schon seit 1931

## **Bibliographie:**

Abgeordnete in Niedersachsen 1946-1994. Biographisches Handbuch, bearbeitet von Barbara Simon, hg. vom Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1996

Aly, Götz: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1998

Browning, Christopher R.: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek bei Hamburg 1993

Fratzscher, Arnold: CDU in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, hg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Rosdorf 1971

Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, 3. Aufl, Berlin 1996

Klausch, Hans-Peter: Tätergeschichten. Die SS-Kommandanten der frühen Konzentrationslager im Emsland, Bremen 2005.

Klausch, Hans-Peter: Jakob de Jonge. Aus deutschen Konzentrationslagern in den niederländischen Untergrund, Bremen 2002, S. 64 f.

Klemp, Stefan: „Nicht ermittelt“. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz – Ein Handbuch, Essen 2005

Kopitzsch, Wolfgang: Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg, in: Ebbinghaus, Angelika; Linne, Karsten (Hg.): Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 1997

Meyer, August: Hitlers Holding. Die Reichswerke „Hermann Göring“, München 1999

Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 1, Opladen 1986

## **Archivbestände:**

Bundesarchiv / ehemals „Berlin Document Center: NSDAP-Mitgliederkartei, Bestand Oberstes Parteigericht (OPG), NSDAP-Parteikorrespondenz, Bestand SS-Officers, Sammlung SA, Bestand „Reichsschriftumskammer“, Bestand „EWZ Polen“, Bestand RK/RSK II

Bestände des Staatsarchives Aurich und Staatsarchives Oldenburg

**DIE LINKE.**

**Fraktion**  
im Niedersächsischen Landtag

[www.linksfraktion-niedersachsen.de](http://www.linksfraktion-niedersachsen.de)